



BBU-Pressemitteilung
06.06.2019

Bundesverband
Bürgerinitiativen
Umweltschutz e.V.
Prinz-Albert-Str. 55
53113 Bonn
Tel.: +49 (0) 228 214032
Fax: +49 (0) 228 214033

bbu-bonn@t-online.de
www.bbu-online.de
www.facebook.com/bbu72

Atommüll-Erörterungstermin in Legden bei Ahaus wurde Mittwoch (5. Juni 2019) beendet: Bedenken nicht entkräftigt – Protest geht weiter!

(Ahaus / Legden, Bonn, Münster, 06.06.2019) Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) weist darauf hin, dass am Mittwoch, 5. Juni 2019, in Legden bei Ahaus (Kreis Borken) der Erörterungstermin, bei dem es um das Atommülllager in Ahaus ging, beendet wurde. Konkreter Anlass des Termins war die beantragte Verlängerung der Lagerfrist für schwach- und mittelradioaktiven Atommüll. Die aktuelle Lagerungsgenehmigung läuft am 20. Juli 2020 aus. Beantragt ist jetzt eine Lagerungsdauer bis Ende 2057. Gegen diese verlängerte Lagerfrist wurden mehr als 1000 Einsprüche bei der zuständigen Bezirksregierung in Münster eingereicht. Auch der BBU hatte Anfang des Jahres in einer Stellungnahme die geplante längere Lagerdauer für schwach- und mittelradioaktiven Atommüll abgelehnt. Die Stellungnahme findet man auf der Homepage des BBU unter <https://bbu-online.de/Einwendungen/BBU%20Stellungnahme%20Ahaus%20Maerz%202019.pdf>

„Der Erörterungstermin wurde nach zwei intensiven Tagen am Mittwoch gegen 18 Uhr beendet. Die Bedenken der Einwenderinnen und Einwender wurden nicht entkräftigt. Der Protest geht weiter“, so BBU-Vorstandsmitglied Udo Buchholz in einer ersten Stellungnahme nach der Erörterung.

Schacht Konrad ist nicht betriebsbereit

Die Pläne zur längeren Lagerdauer des schwach- und mittelradioaktiven Atommülls wurden am ersten Erörterungstag, am Dienstag, von privaten Einwanderinnen und Einwanderern, von der Ahauser Bürgermeisterin, von der Bürgerinitiative „Kein Atommüll in Ahaus“, vom BBU, von den anerkannten Naturschutzverbänden sowie von Organisationen aus Gronau und Lingen abgelehnt. Der Bezirksregierung Münster, die als Genehmigungsbehörde im Verfahren fungiert, wurde mit Nachdruck dargelegt, dass das geplante Atommüll-Endlager Schacht Konrad bei Salzgitter, in dem auch Ahauser Atommüll gelagert werden soll, nicht betriebsbereit ist und zudem als Endlager völlig ungeeignet ist. Im Mai hat ein Brand in der Endlagerbaustelle für Aufsehen gesorgt. Somit steht völlig in den Sternen, ob und wann Atommüll aus dem Ahauser Atommüll-Lager irgendwann in den Schacht Konrad verbracht werden kann.

BBU-Vorstandsmitglied Udo Buchholz forderte bei dem Erörterungstermin die sofortige Stilllegung aller Atomkraftwerke und sonstiger Atomanlagen, damit nicht ständig neuer Atommüll produziert wird. Er kritisierte am ersten Erörterungstag, dass die grenznahe Bevölkerung in den Niederlanden nicht über das Genehmigungsverfahren und den Erörterungstermin informiert wurden. Er beantragte, dass Informationen zum Verfahren in niederländischer Sprache veröffentlicht werden und dass auch die Kommunen im Umkreis von 25 Kilometern rund um Ahaus offiziell am Genehmigungsverfahren beteiligt werden.

Atomtransporte von und nach Ahaus: Beunruhigend und nicht hinnehmbar

Am zweiten Erörterungstag ging es unter anderem um Fragen zu den Themen Brandschutz und um die Gefahren der Niedrigstrahlung. Außerdem wurden die mit dem Ahauser Atommüll-Lager verbundenen Atomtransporte hinterfragt. Hierbei ergaben sich für die Einwanderinnen und Einwanderer neue beunruhigende und nicht hinnehmbare Aspekte. Diese Aspekte werden jetzt von den Gegnerinnen und Gegnern des Lagers, aber auch von der Bezirksregierung, aufgearbeitet und bewertet.

Trotz einiger Irritationen bei der Durchführung des Erörterungstermines bekundeten die Leitung des Erörterungstermins (eine Delegation der Bezirksregierung Münster) sowie die Einwanderinnen und Einwanderer gegenseitig ihren Respekt. Der Verlauf der Erörterung wurde letztlich als sachlich bezeichnet.

Nach dem Ablauf des Erörterungstermins wird jetzt von der Bezirksregierung Münster ein Wortprotokoll der ganzen Erörterung angefertigt, das demnächst von allen Einwanderinnen und Einwanderern angefordert werden kann. Weitere Informationen zum ganzen Genehmigungsverfahren unter

http://www.bezreg-muenster.de/de/service/bekanntmachungen/verfahren/strahlenschutz/zwischenlager_ahaus/index.html.

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) wird der Bürgerinitiative „Kein Atommüll in Ahaus“, die auch im BBU organisiert ist, weiterhin zur Seite stehen und die Aktivitäten der Bürgerinitiative unterstützen.

Weitere Informationen zum Atommülllager in Ahaus, zu drohenden Castor-Atommülltransporten nach Ahaus und zu weiteren Aspekten des weiten Themenfeldes „Atommüll“ unter

<https://www.bi-ahaus.de>, <https://ahauser-erklaerung.de>, <https://atommuell-protest.de>,
<https://ag-schacht-konrad.de>, <https://www.bi-luechow-dannenberg.de>,
<https://www.atommuellreport.de>, <http://www.atommuellkonferenz.de>, <https://bbu-online.de>

Engagement unterstützen

Zur Finanzierung seines vielfältigen Engagements bittet der BBU um Spenden aus den Reihen der Bevölkerung. Spendenkonto: BBU, Sparkasse Bonn, IBAN: DE62370501980019002666, SWIFT-BIC: COLSDE33.

Informationen über den BBU und seine Aktivitäten gibt es im Internet unter <http://www.bbu-online.de> und telefonisch unter 0228-214032. Die Facebook-Adresse lautet www.facebook.com/BBU72. Postanschrift: BBU, Prinz-Albert-Str. 55, 53113 Bonn.

Der BBU ist der Dachverband zahlreicher Bürgerinitiativen, Umweltverbände und Einzelmitglieder. Er wurde 1972 gegründet und hat seinen Sitz in Bonn. Weitere Umweltgruppen, Aktionsbündnisse und engagierte Privatpersonen sind aufgerufen, dem BBU beizutreten um die themenübergreifende Vernetzung der Umweltschutzbewegung zu verstärken. Der BBU engagiert sich u. a. für menschen- und umweltfreundliche Verkehrskonzepte, für den sofortigen und weltweiten Atomausstieg, gegen die gefährliche CO2-Endlagerung, gegen Fracking und für umweltfreundliche Energiequellen.